

über die Erwartungen der *Evangelikalen* an den Rat diskutiert. Die dazu bei einer interorthodoxen Konsultation in Genf erarbeitete Vorlage hob vor allem darauf ab, daß der ÖRK ein Rat von Kirchen und nicht von Individuen, Gruppen, Bewegungen oder religiösen Vereinigungen sei.

Deutliche Akzente in dieser Richtung setzte auch Erzbischof Keshishian in seinem ersten Bericht als Zentralaussschußvorsitzender. Der ÖRK, so der armenische Erzbischof, könne nicht zum Ort derer werden, die für ihre eigenen Interessen und Ziele kämpfen und deren Vision der ökumenischen Bewegung von der des ÖRK abweiche. Der kritische Dialog mit alternativen Gemeinschaften und Basisbewegungen sei aber dennoch wichtig und solle fortgeführt werden. Keshishian erinnerte auch daran, daß der ÖRK ein *Rat von Kirchen* sei, weder eine präkonziliare Gemeinschaft noch das Konzil einer geeinten Kirche. Die Mitgliedskirchen sollten zwar ihre eigene theologische und nationale Identität unter keinen Umständen aufs Spiel setzen: „Aber wenn wir uns in unserem Reden und Handeln einzig und allein auf unsere Identität beziehen und unsere gemeinsame Vision und Berufung nicht auf globaler Ebene zum Ausdruck bringen, dann verlieren wir die Ganzheitlichkeit, die ‚Katholizität‘ und die Besonderheit der ökumenischen Vision.“ Erzbischof Keshishian wandte sich ausdrücklich gegen das Proporzden-

ken zugunsten benachteiligter Gruppen, das im ÖRK weithin fröhliche Urständ feiert: „Als ökumenischer Rat der Kirchen sind wir das Volk Gottes und nicht ein Rat, in dem bestimmte Kategorien von Personen vertreten sind: Geistliche, Laien, Frauen, junge Menschen, Behinderte usw. Wir weisen jedes monolithische wie auch zersplitterte Bild vom Volk Gottes zurück.“ In seinem programmatisch angelegten Bericht hob der Zentralaussschußvorsitzende nicht zuletzt auch die Bedeutung der Beziehungen zwischen dem ÖRK und der *katholischen Kirche* hervor. Rom und Genf seien nicht zwei Zentren der Ökumene, sondern Partner in der einen ökumenischen Bewegung. Partnerschaft bedeute gemeinsame Verantwortung und gegenseitige Rechenschaft.

Bald ein neuer Generalsekretär

Die Fragen, die Erzbischof Keshishian vor dem Zentralaussschuß aufgriff, werden in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung des Ökumenischen Rates bleiben. Nachdem sich der Zentralaussschuß in Genf mit dem Thema „Gemeinsames Verständnis und gemeinsame Vision des ÖRK“ befaßt hat, soll eine Arbeitsgruppe jetzt einen Text über das Wesen des Ökumenischen Rates erstellen, der dann den Mitgliedskirchen zur Stellungnahme zugehen wird. Auf der Grundlage die-

ser Konsultation soll dann voraussichtlich 1995 vom Zentralaussschuß eine Erklärung über das Verhältnis des ÖRK zu seinen Mitgliedskirchen, zu den Nichtmitgliedskirchen und zu anderen christlichen Gruppen erarbeitet werden.

Schon Anfang 1993 wird ein *neuer Generalsekretär* ins Amt kommen. Der Nachfolger von Emilio Castro wird bei der nächsten Zentralaussschußtagung im August 1992 gewählt. Ein Ausschuß für die Kandidatensuche wurde im Anschluß an die Vollversammlung von Canberra eingesetzt. In seinem Bericht vor dem Zentralaussschuß betonte Castro diesmal den Wert der vom ÖRK geförderten *multilateralen Ökumene* gegenüber bilateralen Gesprächen zwischen einzelnen Kirchen. Der ÖRK habe die Aufgabe, in einem multilateralen Engagement nach einer gemeinsamen Formulierung des Glaubens zu suchen, weil es de facto kein rein bilaterales Vorgehen mehr gebe. Als weiteren Schwerpunkt für die künftige Arbeit des Rates nannte Castro das Bemühen, in den verschiedenen Kirchentraditionen die *eine* Tradition zu erkennen. Heute seien die verschiedenen Kirchen noch nicht bereit, alle anderen voll als Kirchen im Sinn ihrer jeweiligen Ekklesiologie anzuerkennen. Daran dürfte sich allerdings in absehbarer Zeit vermutlich nichts ändern, die Möglichkeiten des ÖRK bleiben in dieser Hinsicht begrenzt.

U. R.

Unter römischem Druck

Die katholische Kirche in Brasilien

Im Unterschied zu anderen Ländern Lateinamerikas, denen zumindest bescheidene Schritte einer wirtschaftlichen Konsolidierung gelungen sind, taumelt Brasilien, das flächen- und bevölkerungsmäßig größte Land des Subkontinents, unter einer unfähigen politischen Führung immer weiter in eine wirtschaftliche und soziale Krise. Im „größten katholischen Land der Welt“, das der Papst jetzt zum zweiten Mal besuchte, ist auch von kirchlichem Aufbruch wenig zu spüren. Durch massive personalpolitische Weichenstellungen und andere Maßnahmen hat Rom in den letzten Jahren versucht, die Kirche Brasiliens von ver-

meintlichen befreiungstheologischen Verirrungen zu reinigen. Die Kirche, die vor allem unter Mangel an Seelsorgepersonal leidet, steht dem Wachstum der Sekten weithin hilflos gegenüber und verfügt über kein wirklich überzeugendes pastorales Konzept.

Elf Jahre nach seinem ersten Besuch Brasiliens reiste Papst Paul II. vom 12. bis 21. Oktober wieder in das größte katholische Land der Welt. Die Route führte ihn, wie bei Zweit- oder Drittreisen in ein Land üblich, in bisher unbesuchte Regionen, mit Ausnahme der Hauptstadt

Brasilia, Sitz von Bischofskonferenz und Nuntiatur, und der Metropole Salvador, die, wie es heißt, auf ausdrücklichen Wunsch Johannes Pauls II. in den Reiseplan aufgenommen wurde und Sitz des von ihm sehr geschätzten langjährigen Kurienbischofs Kardinal *Lucas Moreira Neves* ist. Keine andere Ortskirche dürfte in einem Zeitraum von gut zehn Jahren einem solchen Prozeß einschneidender Veränderungen ausgesetzt gewesen sein wie die brasilianische. Johannes Paul II. hat diese Entwicklung nicht nur aufmerksam beobachtet, sondern in seinem Sinne gefördert.

Der Papst trug in mehr als 30 Ansprachen der Tatsache Rechnung, daß Brasilien und seine Kirche weitgehend vor denselben schweren Problemen stehen wie 1980. An der sozialen und wirtschaftlichen Not der großen Mehrheit der Bevölkerung hat sich auch unter der ersten demokratisch gewählten Regierung unter Präsident *Collor de Mello* nicht viel geändert, es sei denn zum Schlimmeren. Die größte Sorge der Kirche, der *chronische Mangel an Seelsorgepersonal* mit seinen auch die beste Pastoral blockierenden Auswirkungen, hat sich ebenfalls noch verschärft.

Eine Vielzahl von Interventionen

Die Ursachen dafür, daß der Besuch des Papstes so ganz anders verlief als der erste, liegen jedoch wohl weniger in einem veränderten gesellschaftlichen Umfeld als in der Kirche selbst. Nicht zuletzt schien auch der Papst ein anderer, älter und müde geworden von der Last des Amtes. Zudem war die Brasilienreise 1980 (vgl. HK, August 1980, 387 ff.) die erste gewesen, die überhaupt einem lateinamerikanischen Land galt; im Jahr zuvor hatte der Papst in Mexiko lediglich die (wegen des plötzlichen Todes von Johannes Paul I. verschobene) Konferenz von Puebla, die dritte Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats, eröffnet. Papstreisen waren noch etwas Außerordentliches, die Erwartungen an den polnischen Papst im zweiten Jahr seines Pontifikats immens hoch.

Die „neue Art Papst zu sein“ (Bischof *Ivo Lorscheiter*) begeisterte 1980 die Massen der Brasilianer, wo immer Johannes Paul erschien. Sie faszinierte sichtlich auch die Kirchenführung, der er versicherte, er empfinde „Sympathie und Bewunderung für diese Bischofskonferenz“. Diese mußte sich insgesamt in ihrem Kurs einer befreienden Pastoral bestätigt fühlen. Die große Papstansprache an die Bischöfe enthielt einige wenige Ermahnungen, positiv formulierte Empfehlungen und *viel Lob*. Stärkung und Ermutigung der brasilianischen Teilkirche hatte Johannes Paul II. als vorrangiges Ziel der Reise formuliert. Daß ihm dies 1980 ein gutes Stück weit gelang, lag weniger an den Inhalten seiner im traditionellen Rahmen bleibenden Verkündigung der kirchlichen Lehre als an seinem überzeugend demonstrierten seelsorglichen Interesse und dem ganzen Einsatz seiner menschlichen Qualitäten, der Fähigkeit der Zuwendung und auch des Zuhörens.

Das so unverkrampft begonnene Verhältnis des Papstes zum brasilianischen Episkopat hat sich in den folgenden Jahren grundlegend verändert, heute ist es von *Sorge* und *Argwohn* geprägt. Dies hat sich in einer Vielzahl römischer Interventionen, häufig maßregelnder Art, niederschlagen. Im Frühjahr 1991 änderte die Brasilianische Bischofskonferenz (CNBB) auf Drängen Roms ihre Statuten dahingehend, daß Weihbischöfe in Zukunft kein Leitungsamt mehr innehaben dürfen. (Der im April wiedergewählte Vorsitzende der CNBB, *Luciano Mendes de Almeida*, war als Weihbischof von São Paulo und Generalsekretär der Bischofskonferenz an die Spitze der 265 Bischöfe gewählt worden; der Papst ernannte den eher fortschrittlichen Jesuiten während seiner ersten Amtszeit zum Erzbischof von Mariana.) Diese weltweit angestrebte und inzwischen weitgehend durchgesetzte Regelung soll offensichtlich einer strengeren Hierarchisierung der Teilkirchen und der engeren Zuordnung ihrer Spitze zur römischen Entscheidungszentrale dienen.

Wie unter einem Brennglas zeigte sich die römische Kirchenpolitik der vergangenen Jahre in Recife, dem Erzbistum von *Helder Camara*. Dort, wo vor drei Jahrzehnten der Einsatz der Kirche für soziale Gerechtigkeit begonnen hatte, entwickelte sich unter dem Charisma Camaras eine Ortskirche, deren pastorale Strukturen vorrangig im Dienst der Armen standen. Nach dem von Rom unverzüglich angenommenen Rücktritt des 75jährigen Camara bestellte der Vatikan 1985 den viele Jahre in Rom tätigen Kirchenrechtler *José Cardoso* zu seinem Nachfolger, der in seiner bisherigen Amtszeit die Kirche von Recife seinem legalistischen Kirchenverständnis entsprechend ohne jede pastorale Rücksicht umkrempt, Institutionen auflöst, Diözesangremien verbietet, bewährtes Personal entläßt. Cardoso rief mehrfach die Militärpolizei zur Hilfe, das letzte Mal, um Gläubige aus seinem Bischofssitz zu vertreiben, deren Pfarrer er zwangsversetzt hatte und die ihn bitten wollten, die Maßnahme rückgängig zu machen. Auf seinen und den einiger namentlich nicht bekannter Bischöfe Wunsch hin hatte die vatikanische Kongregation für das katholische Bildungswesen im September 1989 die Schließung des überdiözesanen Priesterseminars der Kirchenregion Nordost II sowie des Theologischen Instituts ITER in Recife verfügt. Das eine, so hieß es in der Begründung, erfülle nicht die Mindestanforderungen für die priesterliche Ausbildung; das andere biete zukünftigen Priestern keine adäquate intellektuelle Ausbildung.

Ausschlaggebend sollen indes die nicht nur in Recife und Brasilien inkriminierte offene Lebensform der Seminaristen in kleinen Gruppen sowie die befreiungstheologische Ausrichtung am ITER-Institut gewesen sein. Das im traditionellen geschlossenen Stil wiedereröffnete Diözesanseminar von Recife hat erwartungsgemäß keinen großen Zulauf; einen Teil der Studenten hat die dortige Franziskanerhochschule aufgenommen; viele Seminaristen und ein Teil des Lehrkörpers sind in das Nachbarbistum João Pessoa umgezogen, dessen Bischof anders als Cardoso die überdiözesane Priesterausbildung gutheißt. Cardoso

erklärte in einem Interview mit der Madrider Zeitung ABC, er habe Morddrohungen aus den Reihen der „Volkskirche“ erhalten, die jede bischöfliche Autorität ablehne und von Hilfswerken wie Cebemo und Misereor finanziert werde. In Recife entsteht derzeit etwa mit dem 1989 gegründeten „Zentrum Dom Helder Camara“ tatsächlich so etwas wie eine parallele Pastoralstruktur – „aus Notwehr“, wie man dort fomuliert.

Im Juni dieses Jahres erhielt Kardinal *Aloisio Lorscheider*, Erzbischof von Fortaleza, ebenfalls im Nordosten Brasiliens, ein Schreiben der römischen Bildungskongregation, das die sofortige Abberufung von drei Professoren, allesamt laisierte Priester, des dortigen „Theologischen und Pastoralen Instituts“ (ITEP) verlangte. Auch dürfen Ordensfrauen und Laien nicht mehr am Institut ausgebildet werden, da sich die „gemischte Ausbildung als Fehlschlag“ erwiesen habe. Beanstandet wurde ausdrücklich die starke befreiungstheologische Ausrichtung des Lehrplanes. Zur gleichen Zeit gab der Franziskaner und Befreiungstheologe *Leonardo Boff* – wie es heißt, auf Drängen des Präfekten der römischen Glaubenskongregation, Kardinal *Joseph Ratzinger* – die Leitung der wichtigsten katholischen Zeitschrift Brasiliens „Revista Vozes“ aus dem gleichnamigen Verlag ab. Auf römische Kritik gestoßen waren *Voze*s-Beiträge über die römische Kirchenpolitik und die Situation verheirateter Priester.

Die neuen Bischöfe sind pastoral unerfahren

Ähnliche Vorfälle wie in Recife, allerdings in weniger geballter Form, hat es auch in anderen Regionen Brasiliens gegeben. Auch wenn manche Eingriffe – seien sie personalpolitischer oder disziplinarer Natur – aus universal-kirchlicher und erst recht aus römischer Sicht angebracht erscheinen oder doch zumindest vertretbar: Es bleibt der Eindruck einer systematischen römischen Interventionspolitik, die zu erkennen gibt, daß das Vertrauen Roms in die brasilianische Kirchenleitung geringer ist als gegenüber anderen Teilkirchen. Die korrigierenden Maßnahmen und Direktiven Roms wurden begleitet von einer ganzen Reihe päpstlicher Ermahnungen an die brasilianische Kirche. Meldungen der Katholischen Nachrichten-Agentur aus den vergangenen Monaten belegen dies: „Papst mahnt Bischöfe Brasiliens zu Bewahrung des Glaubens“ – „Brasilien: Papst ruft Priester zu Gehorsam gegenüber Bischöfen auf“ – „Papst warnt Brasiliens Bischöfe vor ‚Verstümmelung‘ des Evangeliums“ – „Brasilien: Papst ruft Ordensleute zur Einheit mit den Bischöfen auf“ ...

Die Sorge Johannes Pauls II. und der Kurie um die Einheit der Kirche geht einher mit dem Wunsch engerer Anbindung der brasilianischen Kirchenführung und der Suche nach vermeintlichen oder tatsächlichen, meist als Folge der Befreiungstheologie gewerteten Fehl- oder Parallelentwicklungen, für die der Papst denn auch expressis verbis und mehrfach die brasilianischen Bischöfe verantwortlich machte. Auch bei seinem jetzigen Zusammen-

treffen mit der Bischofskonferenz in Natal forderte er den Episkopat auf, den Glauben und die Lehre der Kirche unverkürzt zu verkünden und Irrtümern oder Abweichungen aufgrund subjektiver Interpretationen der Heiligen Schrift entgegenzutreten. Zum Umgang miteinander empfahl der Papst die alte Formel „in necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas“ – nicht ohne hinzuzufügen, daß die Einheit im Notwendigen die unerläßliche Voraussetzung zur Rechtfertigung der Freiheit sei. (In der Bischofskonferenz ist hingegen wiederholt die Klage laut geworden, daß Rom, statt abzuwarten, was Spreu und was Weizen sei, alles daransetze, mögliche Fehlentwicklungen im Leben der Kirche möglichst früh und im Keim zu ersticken.)

In seiner Ansprache vom 8. März dieses Jahres an die zu einer Sonderkonferenz in den Vatikan gerufenen brasilianischen Oberhirten hatte Johannes Paul II. gemahnt: „Die Kraft und die Vitalität der Ortskirche hängt zu einem großen Teil von der Festigkeit eures Glaubens, eurer Hoffnung und eurer Liebe ab.“ Er bitte Gott darum, das Treffen möge den Bischöfen „neue Kräfte verleihen und mit Hilfe einiger Kongregationen und Räte der römischen Kurie die Früchte erbringen, die der göttliche Tröster sicher vorgesehen hat“. Beim Ad-limina-Besuch im Januar hatte er die Bischöfe der Pastoralregionen I und IV an ihre Pflicht, Hüter des Glaubens zu sein, erinnert und hinzugefügt, dem Bischof allein obliege die Vermittlung des Glaubens – eine Aufgabe, „die niemand für ihn übernehmen und die er auch nicht delegieren kann. Vondergetreuen Erfüllung dieses Amtes hängt sein eigenes Heil ab und das der ihm anvertrauten Gläubigen.“

Die *römische Personalpolitik*, unter diesem Pontifikat ein weltweit mit großer Selbstverständlichkeit genutztes Instrument pastoraler Einflußnahme, hat auch die brasilianische Bischofskonferenz zu verändern begonnen. Die 82 neuen, seit dem Amtsantritt von Nuntius *Carlo Furno* (1982) ernannten Bischöfe seien die Wahl Roms, heißt es zu ihrer Kennzeichnung in der Brasilianischen Bischofskonferenz. Die meisten sind in der Pastoral und der Ausübung des Bischofsamtes noch unerfahren, was auch eine Chance sei, wie von manchen der älteren Bischöfe zu hören ist; man hofft optimistisch, Armut und Elend im Kirchenvolk würden die neuen Konservativen bekehren. Und zwar zu einer befreienden Pastoral, denn die wachsende Not der Bevölkerung lasse ihnen gar keine andere Wahl, wenn sie gute Seelsorger sein wollten. Von den 82 neuen Bischöfen sind 61 Brasilianer; nur 30 stammen aus dem Diözesanklerus, 52 sind Ordensleute. Ob diese Ernennungspolitik Roms der vom Papst viel beschworenen Einheit in der Ortskirche förderlich ist, darf bezweifelt werden. Die Kandidaten Roms garantieren nicht Kontinuität im Bistum, sondern können – wie schlimmstenfalls in Recife – das pastorale Lebenswerk eines Vorgängers zunichte machen.

Generell ist schwer einzuschätzen, ob das *soziale Engagement* der Kirche in Brasilien in den letzten Jahren an Kraft verloren hat und ihr gesellschaftspolitischer Einfluß infol-

gedessen geringer geworden ist. Wahrscheinlicher ist, daß sie – vor allem ihrer schwachen personellen Ausstattung wegen – den steigenden Anforderungen nicht gewachsen ist: Dazu gehören die am rasanten Anstieg der Kriminalität sichtbare Brutalisierung der Gesellschaft, in der Killerbanden systematisch auf Straßenkinder angesetzt werden, und – in ursächlichem Zusammenhang – die zunehmend flächendeckend auftretende Armut in den Städten wie auf dem Land. Daß die Regierung dem Papst während seines Aufenthaltes signalisierte, er solle sich aus der Politik heraushalten, zeugt von einem nicht unbelasteten Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Manch ein Oberhirte sagte in der letzten Zeit laut und vernehmlich, das heutige Brasilien sei nicht mehr als eine „Scheindemokratie“, deren Menschen- und Bürgerrechte für die Mehrheit keine Geltung hätten.

Eine schädliche Polarisierung

Die Bischofskonferenz forderte im September 1991 gemeinsam mit der linken „Arbeiter-Partei (PT)“ und der Gewerkschaft CGT sowie anderen gesellschaftlichen und politischen Organisationen des Landes in einer „Proklamation an das brasilianische Volk“ die *Garantie sozialer Grundrechte und die Weiterentwicklung zu einem demokratischen Rechtsstaat*. Gemeinsam wollen die Unterzeichner eine nationale Bewegung in Gang setzen, in der keine gesellschaftliche Kraft ausgeschlossen bleiben soll. Den liberalen Wirtschaftskurs der Regierung kommentierte die Bischofskonferenz mit dem Satz: „Eine Wirtschaft, die nicht die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Brasilianer berücksichtigt, dient dem persönlichen Ehrgeiz einer inkompetenten Elite.“ Der Papst hat angesichts der wachsenden Zahl gewaltsamer Landkonflikte bei seiner etwas frostigen Begegnung mit Präsident Fernando Collor de Mello die Forderung nach einer Landreform zugunsten der Landlosen wiederholt. Seine Feststellung, das Recht auf Privateigentum ende, wo Land zu Spekulationszwecken brachliege und den landlosen Bauern vorenthalten werde, wurde von der brasilianischen Presse weitgehend verschwiegen.

In der Öffentlichkeit mindestens so präsent wie die Bischofskonferenz ist nach wie vor der kleine Kreis von Bischöfen ausgesprochen konservativer Prägung, darunter die Kardinäle *Sales* (Rio) und *Falcão* (Brasília) sowie Erzbischof *Fernandez de Araujo* (Belo Horizonte) und die Bischöfe *Kloppenburg* (Novo Hamburgo) und *Romer* (Rio). Ihre öffentlichen und häufigen Angriffe auf die Theologie der Befreiung lassen eine prononciert rechtskonservative ideologische und eine streng traditionalistische theologische Denkart erkennen und haben entscheidend zur *Polarisierung in der brasilianischen Kirche* beigetragen, während eine zahlenmäßig sicher größere Gruppe gemäßigter Bischöfe – ohne ausgeprägte befreiungstheologische Neigungen, aber differenzierend – im Hintergrund bleibt und daher nicht ausgleichend wirkt. „Den größeren Teil unserer Probleme verdanken wir der Befreiungstheologie“, resümiert Kardinal *Falcão*, 1984

zum Erzbischof von Brasília ernannt, Vizepräsident des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM und Mitglied der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika. Leider sei auch die Bischofskonferenz infiziert; glücklicherweise bleibe die Befreiungstheologie jedoch auf die meisten brasilianischen Diözesen ohne Einfluß. Unzufrieden ist *Falcão* auch mit der Priesterausbildung in Brasilien, die sich aber mit den Bischofsernennungen der letzten Zeit „bessern“ werde. Sein Fazit über die Befreiungstheologie: „Die moralische Autorität und der Einfluß der Kirche – nicht nur auf die Bürger im allgemeinen, sondern auch auf die Regierenden – hat empfindliche Einbußen erlitten. Der Theologie der Befreiung ist es andererseits nicht gelungen, die Veränderungen in unserer Gesellschaft zu bewirken, die sie gerechter gemacht hätten.“

Zu den die Theologie der Befreiung teils direkt und öffentlich, teils in intensivem Kontakt mit römischen Stellen oder auch brasilianischen politischen Kreisen bekämpfenden Bischöfen gehört auch der Bischof von Anápolis, *Manuel Pestana*. „In der Theologie der Befreiung gibt es keinen Platz für die Liebe. Liebe ist eine bürgerliche Angelegenheit und muß deshalb vernichtet werden. Nur der Haß baut auf. Und dann wurde aus der vorrangigen Option für die Armen die ausschließliche Option für die Armen. Allein schon deshalb, weil sie arm waren, galten die Armen als Messias, als Erlöser.“ Autoren wie Boff hätten schwere dogmatische Fehler begangen, sagte der Bischof vor einer deutschen Kamera: „Die Göttlichkeit von Christus wird praktisch in Frage gestellt. Die Gegenwart in der Eucharistie. Die Auferstehung. Die übernatürliche Gnade wird verneint. All das wurde angefochten.“ Auch die Priesterausbildung sei „politisiert“: „Ich habe einmal im Spaß gesagt – aber dieser Spaß enthält viel Verzweiflung –, daß unsere Seminare so etwas wie Abtreibungskliniken für priesterliche Berufungen seien. Es gibt nämlich Berufungen, manche sogar sehr enthusiastisch und idealistisch. Aber wenn man dort hineinkam, merkte man, daß dort kein spirituelles Klima herrschte, sondern die Sorge um soziale Probleme.“

Abwanderung zu den Sekten

Auffallend ist das hohe Maß an Übereinstimmung in der Kritik an der Befreiungstheologie zwischen dieser Bischofsgruppe und – allerdings moderater formulierenden – römischen Stellen. Dies gilt zum Beispiel für die pastorale Arbeit der *Ordensleute*, die beide als „parallele“ Seelsorge beargwöhnen. Obgleich die Zusammenarbeit von Bischöfen und Ordensleuten gerade in Brasilien weit besser funktioniert als in anderen Ländern Lateinamerikas, formulierte der Papst in seiner Ansprache vor Priestern und Ordensleuten besonders scharf: „... Ihr müßt Euch in allem den Richtlinien und der Leitung des Bischofs unterstellen, mit dem Ihr arbeitet. Nicht den Ordensoberen, sondern allein und ausschließlich dem Bischof obliegt die pastorale Gewalt in allen ihren Dimensionen und Ebenen über die Gläubigen einer Ortskirche.“

An sich legitime Zusammenschlüsse von Priestern, so mahnte der Papst bei dieser Gelegenheit, dürften jedoch nicht zu einer Art „Priestergewerkschaft“ ausarten. Vermutlich nahm der Papst mit dieser Passage Bezug auf den Konflikt zwischen der lateinamerikanischen Ordensoberenvereinigung CLAR, dem Vatikan und dem CELAM, zu dem die Mehrheit der brasilianischen Bischöfe ein eher gespanntes, wenn überhaupt ein Verhältnis hat.

Aus der Richtung dieser konservativen Bischofsgruppe ist auch zu hören, es gebe einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Wirken der Befreiungstheologie und der Abwanderung von 12 bis 20 Millionen brasilianischer Katholiken zu den *Sekten*. Breit gestreute Publikationen wie der in Lima erscheinende lateinamerikanische Informationsdienst Selat scheuen sich auch nicht, ein Bündnis von Befreiungstheologie und Sektenführern mit dem Ziel der politischen Machtübernahme in Lateinamerika auszumachen. In einem „Ordnung schaffen“ überschriebenen Vorbericht zur zweiten Reise des Papstes nach Brasilien spricht Selat vom „Erscheinen eines neuen Episkopats, der das Antlitz der Kirche verändern wird – Frucht von zehn Jahren der Veränderungen, der Ernennungen und der Reformen durch den Heiligen Stuhl“. Der Papst werde Diözesen besuchen, die von „alten, der marxistischen Theologie der Befreiung nahestehenden Bischöfen“ geleitet werden, und solche „mit jungen Oberhirten, die von enthusiastischer Treue zum Papst erfüllt sind“.

Sehnsüchte nach „schnellem“ Heil

Der 73jährige Bischof *Adriano Hypólito*, Franziskaner, seit 25 Jahren Bischof von Nova Iguaçu im Bundesstaat Rio de Janeiro und im Oktober zu Besuch in Deutschland, sieht seine Kirche in einem anderen Licht: Die pastorale Linie der Bischofskonferenz habe sich in seinen Augen keineswegs verändert; sie orientiere sich nach wie vor an der Option für die Armen, trete unvermindert für soziale Gerechtigkeit ein und verwirkliche eine befreiende Pastoral: „Wir leben und handeln aus dem Glauben, der Zusammenbruch des Marxismus hat keine spürbaren Auswirkungen auf die Arbeit unserer Kirche.“ Er kann sich keine andere Antwort auf die „immer skandalöseren sozialen Mißstände“ in seinem Land vorstellen als die gelebte Theologie der Befreiung, „die nicht vom Marxismus und auch nicht von Rom abhängt“. Daß Brasilien den Beweis dafür liefere, daß die Sekten dort besonders erfolgreich seien, wo die Befreiungstheologie Fuß gefaßt habe, hält der Bischof für eine kurzschlüssige Unterstellung: „Die Sekten füllen ein Vakuum, das unsere Kirche nicht füllen konnte.“ Sein Mitbruder *Tomás Balduino*, Bischof von Goiás, argumentiert gerade umgekehrt: „Wo unsere Kirche den Armen wirklich offensteht, haben die Sekten keine Chance.“

Den wie Pilze aus dem Boden schießenden neuen Gemeinschaften fehlt es anders als der katholischen Kirche keineswegs an Personal; der Weg zum Prediger oder

Gemeindeleiter ist kurz; an finanziellen Ressourcen – aus den USA und aus dem zum Teil eingeforderten „Zehnten“ der Gläubigen – mangelt es ebenfalls nicht. Viel mehr als fünf Jahre gibt Bischof Hypólito diesen Sektenkirchen – „Konsumkirchen ohne Tiefe, ohne Liturgie, ohne Ethik, ohne Struktur“ – nicht; eine Einschätzung, die angesichts 600 000 jährlich überlaufender Katholiken recht optimistisch erscheint, aber auch von anderen Bischöfen geteilt wird.

Zweifellos kommen Sekten wie die Universalkirche *Edir Macedos* mit ihren auf die Emotion zielenden Massenveranstaltungen und ihren „Wunderheilungen“, ihrem weitgehenden Verzicht auf Moralvorschriften und ihrer Wohlstandsideologie den Sehnsüchten nach „schnellem“ Heil entgegen. Der hohe Prozentsatz katholisch getaufter Brasilianer dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, so der Theologe *Jesus Hortal* von der theologischen Fakultät der Katholischen Universität von Rio, daß die katholische Kirche in ihrer 500jährigen Geschichte das Volk nie wirklich begleitet habe. Drei Faktoren seien ausschlaggebend für den Erfolg der Sekten, denen er anders als Bischof Hypólito ein weiteres Wachstum voraussagt: „die tiefe Religiosität der Brasilianer, der Mangel an konfessioneller Identität und der Niedergang der katholischen Kirche“.

Kein integrierendes Pastorkonzept

Bischof Hypólito wünscht sich von Rom seit langem die Zulassung von „viri probati“ zum Priesteramt, die dem chronischen Priestermangel in der Kirche Brasiliens abhelfen könnten. Wenn die Eucharistie die Mitte christlichen Gemeindelebens sei, dürfe man den Gemeinden den Priester nicht vorenthalten. Erst wenn die Priesternot in Europa groß genug sei, werde sich in dieser Frage etwas tun, meint er. Er versucht seit Jahren, seine Amtsbrüder für die „viri probati“ zu gewinnen, aber es gebe auch Bischöfe, wundert er sich, die den Priesterbestand in ihren Diözesen für ausreichend hielten. Hypólito berichtete dem Papst, bei seinem letzten Ad-limina-Besuch vor fünf Jahren habe er in seinem Bistum acht Kirchen gehabt und 60 Sektenkirchen und afro-brasilianische Kultstätten; jetzt gebe es neun Kirchen und 90 Kultstätten. Er führt die starke Anziehungskraft der afro-brasilianischen Kulte unter anderem darauf zurück, daß die katholische Kirche mit ihrem rationalen, auf Orthodoxie fixierten Denken und ihrer Neigung zur Verrechtlichung die „alte Weisheit“ der indianischen und der afrikanischen Bevölkerung, etwa die auf der Einheit von Körper und Seele basierenden Heilverfahren, geringschätzt und als heidnischen Zauber verboten habe. Je schwerer aber die Not und das Elend des Menschen sei, desto mehr erinnere und sehne er sich nach Erlebnissen des Heils.

Die große Mehrheit der brasilianischen Bischöfe gehört wie Bischof Hypólito zu den Praktikern der Seelsorge; der Säkularisierungsdruck ist als neue Bedrohung christlicher und kirchlicher Substanz zwar erkannt worden; eine breiter angelegte, die Not der Massen, die Entfremdung

den zu Sekten und Kultkirchen abdriftenden Mittelklasse und die in offener Gegnerschaft stehende Oberschicht integrierende Pastoral ist indes noch ohne jedes Konzept. Auch wenn der Papst bei seinem zweiten Brasilienbesuch die Kirche des Landes wieder mehr ermutigt als ermahnt hat, so ist doch nicht zu übersehen, daß Rom der brasilianischen Ortskirche in den vergangenen Jahren kräftig die

Flügel gestutzt hat. Dies hat Rückwirkungen von der Bischofskonferenz bis in die Basisgemeinschaften gezeigt. Sollte der Papst von dem so viel gepriesenen dynamischen Aufbruch der brasilianischen Kirche weniger gespürt haben als bei seinem ersten Besuch 1980 – es wäre angesichts des faktischen Zustands dieser Kirche kein Wunder.

Gabriele Burchardt

Eine Phase der Unrast

Politische und kirchliche Entwicklungen in Österreich

In Österreich nimmt man in besonderem Maß Anteil an der Entwicklung im Nachbarland Jugoslawien; die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Bundesarmee und slowenischen Verbänden Ende Juni/Anfang Juli spielten sich teilweise an der österreichischen Grenze ab. Innenpolitisch ist die Situation weiterhin von der Schwäche der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ geprägt, die zusammen die Regierung stellen. Die FPÖ unter Jörg Haider ist als Partei der Protestwähler weiter im Aufwind. Die kirchlichen Spannungen halten unvermindert an und haben durch die Ernennung des umstrittenen Wiener Weihbischofs Krenn zum Bischof von St. Pölten neue Nahrung erhalten.

Schon seit Jahren zeigten Umfragen von Meinungsforschungsinstituten in Österreich, daß die Bewohner der Alpenrepublik vor allem vor einer außenpolitischen Konstellation Angst haben: daß Jugoslawien in Chaos und Krieg zerfallen und Österreich gegen seinen Willen in die Auseinandersetzungen des zerbrechenden Tito-Reiches hineingezogen werden könnte. Die letzten Wochen und Monate haben dieses Szenario gefährlich näher gerückt. Die österreichische Diplomatie warnte schon seit geraumer Zeit vor diesem Ernstfall. Doch in Westeuropa sind diese Warnungen nicht beachtet worden. Die Franzosen, die Holländer, die Engländer, auch die Amerikaner setzten noch bis zuletzt auf den Bestand eines einheitlichen Jugoslawien, obwohl schon mit Händen zu greifen war, daß dieser künstlich zusammengefügte Staat längst zerbrochen war, so daß die Slowenen und Kroaten zum Opfer eines halbkommunistischen Regimes in Belgrad und einer wild um sich schlagenden Armee wurden.

Eine Sympathiewelle für Slowenien

Der Krieg in Jugoslawien wurde schon Anfang Juli bis dicht an die österreichischen Grenzen herangetragen, als Panzerverbände der jugoslawischen „Volksarmee“ nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens die slowenischen Grenzübergänge zum Ausland besetzen wollten. Dank den präzisen Vorbereitungen in Slowenien

wurde dieses Vorhaben vereitelt, die jugoslawische Bundesarmee mußte aus Slowenien abziehen. Die Bemühungen Österreichs, eine völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu erreichen, scheiterten aber im Inland wie im Ausland: In Österreich verhinderten Bundeskanzler Franz Vranitzky und mit ihm wichtige sozialdemokratische Regierungsfunktionäre eine solche Anerkennung, während im Ausland die Sorge vor einer Zunahme des Einflusses deutschsprachiger Länder in Südosteuropa jede wirksame Unterstützung der um Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes kämpfenden Slowenen und Kroaten verhinderte. Gleichzeitig hatte auch die großserbische Propaganda in Belgrad ihre Wirkung: Die „deutsche Gefahr“ wurde mit dem Einfluß des Vatikans, mit Erinnerungen an das alte Österreich-Ungarn und mit der Beschwörung der Ustascha-Greuel im Zweiten Weltkrieg so zusammengemengt, daß die mit den wirklichen Tatsachen kaum vertrauten Politiker im Westen vor jeder wirksamen, gemeinsamen Aktion zurückschreckten.

Auf diese Weise zog der Krieg in Jugoslawien immer weitere Kreise, wodurch Österreich wieder einmal in eine gefährdete Grenzsituation geraten ist. Allerdings hatte der tapferere Widerstand der Slowenen gegen die sogenannte „Volksarmee“ eine psychologische Wirkung mit weittragenden Folgen: Gerade in den südlichen Grenzländern Kärnten und Steiermark, die sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch nach 1945 mit südslawischer Okkupation fertig werden mußten, verscheuchte die neue Situation im slowenischen Nachbarland alte Feindbilder und Vorurteile. Plötzlich kam es zu einer *Sympathiewelle für die Slowenen*, denen man jahrzehntelang mit Mißtrauen gegenübergestanden war. Und für die Zukunft ist es wohl eine wichtige Weichenstellung, daß sich gerade in Kärnten und in der Steiermark die Landtage dieser beiden österreichischen Bundesländer einstimmig für die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens ausgesprochen haben.

Tatsächlich ist schon seit einigen Jahren ein neues, immer *freundschaftlicher werdendes Verhältnis* zwischen den